

Breslauer Handels-Blatt

25. Jahrg.

Abonnements-Preis: In Breslau
frei ins Haus 1 Thlr. 15 Sgr. Bei den
Post-Anstalten 1 Thlr. 20 Sgr.

Dienstag, den 19. Januar 1869.

Expedition: Herrenstraße 30.
Insertionsgebühr 1 Sgr. 6 Pf. für
die Petitzeile.

Nr. 15.

Versicherungswesen.

Breslau, 17. Jan. Der auch von uns mitgetheilte und bereits mehrfach ventilirte Prozeßfall, in welchem eine Lebensversicherungs-Gesellschaft („Germania“) bei Auszahlung der Versicherungssumme 2 pCt. in Abzug gebracht, und 2 Instanzen diesen Abzug auf Grund des § 2282 A. L. R. gutgeheißen hatten, hatte die „Berl. Börs.-Ztg.“ veranlaßt, an die Direction der genannten Gesellschaft die Anforderung zu richten, sich über die Sache selbst des Näheren auszulassen und wenn möglich, die unter Näheren versicherten entstandene sehr erklärliche Beunruhigung zu beschwichtigen. Die Direction ist jetzt dieser Aufforderung durch folgendes Schreiben an das genannte Blatt nachgekommen:

Im Mai 1867 starb eine bei der „Germania“ mit 10,000 Thlr. versicherte Person, und wir befristeten, die versicherten 10,000 Thlr. zu zahlen. Bei der Zahlung der qu. 10,000 Thlr. sind folgende Abzüge gemacht worden: Wie alle anderen Gesellschaften, zahlt auch die „Germania“ die versicherten Summen, welche durch Tod fällig werden, drei Monate nachdem alle, die Auszahlung begründenden Nachweise bei der Direction eingegangen sind. Im vorliegenden Falle haben wir diese drei Monate, nach deren Ablauf unsere Leistung erst fällig war, nicht abgewartet, sondern die Zahlung gleich angewiesen, und für die betreffende Zeit selbstverständlich 5 pCt. Zinsen von der gezahlten Summe in Abzug gebracht. Wir gewähren diese Concession der früheren Auszahlung allen Empfängern versicherter Summen, wenn sie uns die Zinsen für den entsprechenden Zeitraum vergüten, und daß eine Gesellschaft diese Concession ohne die Gegenleistung der Zinsvergütung nicht machen kann, liegt in der Natur des Geschäfts und wird von Jedermann anerkannt werden.

2) Durch verschiedene ärztliche Gutachten, welche wir beziehen mußten, und durch besondere Ermittlungen, welche wir gegenüber der eigenthümlichen und nicht unbedenklichen Lage des Falles, auf welche hier näher einzugehen keine Veranlassung vorliegt, anzustellen genöthigt waren, waren uns besondere Kosten erwachsen, zu deren Tragung resp. Erstattung die Empfänger der versicherten Summe auf Grund der Police-Bedingungen und allgemeiner Rechtsgrundsätze verpflichtet waren; 3) Dazu trat die nach den Police-Bedingungen dem die Auszahlung vermittelnden Agenten, wie bei jeder Gesellschaft, gebührende Auszahlungs-Provision. In dieser vortehend notirten Weise, und nicht durch den angezogenen § 2282 des Landrechtes, sind die qu. Abzüge den Empfängsberechtigten gegenüber bei der Zahlung der 10,000 Thlr. aufgegeben und begründet worden. Letztere haben auch bei der Zahlung in keiner Weise gegen diese Abzüge remontrirt, sondern ohne Remonstration die Zahlung acceptirt und quittirt und sind erst später mit ihrer Klage gegen die „Germania“ aufgetreten, in welcher sie gleichfalls nur die obenwähnten Gründe der bewirkten Abzüge angriffen. Die Anwendbarkeit des § 2282 cit. haben die Empfänger der 10,000 Thlr. in den späteren Stadien des Prozeßes grade auch aus dem Grunde bestritten, weil die „Germania“ die qu. Abzüge nicht durch § 2282 cit. sondern durch die obenwähnten Gründe ihnen gegenüber motivirt habe. In dem Prozeße hat die „Germania“ die qu. Abzüge gleichfalls durch die obenwähnten Gründe motivirt. Wenn, wie schon die erste Besprechung des qu. Falles ergibt, daneben eventuell auf § 2282 des Landrechtes in dem Prozeße zurückgegriffen ist, so erklärt sich dies einfach aus der juristischen Cautele, im Prozeße alle Rechtsgründe zu cumuliren, welche dem zu schützenden Rechte zur Seite stehen. Das Erkenntniß der ersten Instanz beleuchtet ausdrücklich die obenwähnten Gründe für die Berechtigung der qu. Abzüge, welche die „Germania“ in der Hauptsache geltend gemacht, kommt aber aus formellen Gründen, z. B. wegen mangelhafter Substantiirung im Prozeße zu der Ansicht, daß diese Gründe im Prozeße nicht anerkennen seien, daß vielmehr § 2282 cit. den Ausschlag gebe. Das Erkenntniß zweiter Instanz bespricht die principaliter von der „Germania“ geltend gemachten Gründe überhaupt nicht, sondern beschränkt sich nur mit § 2282 cit., dessen Geltung anerkannt wird. Die Sache liegt also einfach so, daß materiell völlig begründete Abzüge nur formell im Prozeße den Rechtsschutz der Gerichte auf Grund

des § 2282 cit. gefunden haben; und daß die qu. Abzüge aus den oben unter 1, 2 und 3 notirten Gründen materiell gerechtfertigt sind, wird Jedermann anerkennen. Daß die „Germania“ nicht daran denkt, aus § 2282 cit. generell einen Abzug von 2 pCt. der Versicherungssumme bei Auszahlung völliger Gelder herzuleiten und zu rechtfertigen, brauchen wir wirklich kaum zu erklären. Ein solcher Versuch würde von vornherein unmöglich sein, und liegt auch uns sehr fern. Es werden bei der großen Ausdehnung des Geschäfts der „Germania“ Tag für Tag von den verschiedenen Organen der Gesellschaft durch Tod fällig gewordene versicherte Summen ausgezahlt, und das Publikum weiß, daß wir einen Abzug auf Grund des § 2282 cit. nicht machen, daß wir vielmehr jedem Empfänger einer versicherten Summe in besonderem Schreiben genau specificirt die Abzüge aufgeben, welche nach den Police-Bedingungen für rückständige Jahresprämie etc. bei der Auszahlung gemacht werden dürfen. Einer Beruhigung des Publikums resp. unserer Versicherten in diesem Punkte bedarf es also schwerlich.“)

*) Die Berliner Börsen-Zeitung hat hieran bezügliche Reflexionen geknüpft. Wir sind diesmal leider nicht in der Lage, sie ganz theilen zu können, und bedauern dies um so mehr, als wir von jeder in der Uebereinstimmung mit diesem Blatte Genugthuung empfunden haben. Allein es scheint uns, daß alle Blätter, wenigstens diejenigen, welche uns bis jetzt zu Gesichte kamen, den Standpunkt der Berliner Börsen-Zeitung mehr oder weniger theilen. Wir haben unsere Ansichten über diesen Gegenstand, der uns übrigens höchst unwichtig vorkommt, bereits mehrfach ausgesprochen; unser Standpunkt bleibt unverändert der alte, wenn es auch den Anschein haben sollte, daß wir damit völlig isolirt dastehen.

Wir können in dem Abzuge von 2 pCt. Auszahlungs-Provision — laut § 2282 — unbedingt kein Unrecht finden, und werden diese Ansicht zu jeder Zeit vertreten. Wir halten die Agitation, welche übrigens gar keinen rechtlichen Boden hat, absolut für nichts weiter als für den gewohnten Anlaß zur Schmähung des Versicherungswesens im Allgemeinen und zur Schädigung der „Germania“ im Besonderen. Wir bitten die Hand aufs Herz zu legen, und fragen dann alle rechtschaffenen Blätter, ob wir uns nicht im Recht befinden. Es ist dies eben wieder einmal ein bei den Haaren herbeigezogener Vorwand, die Versicherungs-Gesellschaften zu verdächtigen und Männern wie Herrn Eisenstuck und Genossen dadurch die Gelegenheit gegeben, einen neuen Antrag zur Beschwerde für den nächsten Handelstag vorzubereiten. Wie mögen diese Herren Genugthuung über diesen allerneuesten Beschwerdepunkt empfinden, und wie sehr schade ist es, daß der streitige Vorfall nicht unmittelbar vor Beginn des Handelstages bereits in die Oeffentlichkeit gelangt war!

Es ist in der Presse hervorgehoben, daß es nach Lage der Sache gewissermaßen als eine besondere Coullance wird anerkannt werden müssen, wenn die einzelnen Directionen den Abzug nicht machten; das ist in bedingtem Maße richtig. Wenn aber als Consequenz hiervon die weitere Ansicht aufgestellt wird, eine Agitation dafür zu beginnen, daß die Directionen aller Versicherungs-Gesellschaften auf das ihnen nach dem betreffenden Landrechts-Paragraphe zustehende Recht eines Abzuges von 2 pCt. in den Police-Bedingungen ausdrücklich verzichten sollen, so halten wir dieses Verlangen durchaus für unangemessen, und wir wissen gar nicht, auf welches Recht hin man dieses Verlangen eigentlich stützen will. Wir sprechen es wiederholt aus, es ist ja dem größten Theile der Presse gar nicht ernstlich darum zu thun, für das Publikum zu kämpfen, es zu belehren und vor Schaden zu bewahren, aber selbst abgesehen von dieser Thatsache liegt die Sache doch noch wesentlich anders. Die Directionen sind es ja gar nicht, welche diesen Decort generaliter machen und gut heißen. Der Decort wird von dem gemacht, welcher die Entschädigungsgelder ausbezahlt, er kann also von den Directionen nur in dem Falle erhoben werden, wenn dieselben gleichzeitig die Geschäfte einer General-Agentur mit versehen, in allen übrigen Fällen wird der Abzug von den sonstigen Vertretern gemacht und zwar erfährt die Direction hiervon absolut gar nichts und hat auch gar nicht danach zu fragen, weil es lediglich in das

— T. (Breslauer Unfall- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaft.) Die von verschiedenen Berliner Blättern verbreitete Nachricht, daß die hier projectirte Unfall- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaft nicht zu Stande kommen werde, ist ebenso erfunden, wie die daran geknüpfte Motivirung. Bis zur Stunde ist in dieser Angelegenheit weder ein officieller Bescheid, noch auch irgend eine private Andeutung herabgelangt.

Berlin, 16. Jan. Am Montag Abend 7 1/2 Uhr findet im Verein der Landwirthe (Unter den Linden 8) die Vorberathung des auf dem Congreß norddeutscher Landwirthe auf der Tagesordnung stehenden „Landwirthschaftlichen Versicherungswesens“ (Feuerversicherung, Hagelversicherung, Lebensversicherung insbesondere der arbeitenden Klassen) statt. Der Zutritt zu dieser Versammlung ist auch Gästen gestattet.

— Bis Ende 1868, also während einer sechsjährigen Wirksamkeit, hat die Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft 30,600,000 Thlr. Hypothekencredit verbriefet und Versicherungsanträge im Betrage von ca. 65 Mill. Thlr. abgelehnt. An Prämien hat die Gesellschaft in demselben Zeitraum 463,173 Thlr. erhoben. Dagegen betragen die Verluste auf versicherte Hypotheken resp. auf die zu deren Deckung übernommenen Grundstücke in den 6 Jahren 69,800 Thlr. und für die laufenden Risiko's waren Ende 1868 120,000 Thlr. Prämienreserve und 6000 Thlr. Schadenreserve zurückgestellt.

Belieben des auszahlenden Vertreters gestellt ist, von dem Landrechts-Paragraphe Gebrauch zu machen oder nicht! Es wenigstens fassen wir die Sache auf.

Wollte man überhaupt von den Gesellschaften einen Schutz gegen diesen Abzug beanspruchen, so würde man nach dem Vorangefagten also folgerichtig verlangen müssen, daß die Directionen ihren Vertretern verbieten, von dem § des Landrechtes Gebrauch zu machen. Ein derartiges Verlangen hätte wenigstens einen Sinn, weil es den Thatsachen am ehesten entsprechen würde. Allein die Unzufriedenheit würde hierdurch eine sehr große werden, weil der Abzug gang und gäbe ist und in Folge dessen von einer großen Anzahl von Gesellschaften-Vertretern zu ihren alleinigen Gunsten erhoben zu werden pflegt, während Alles, was Gegentheiliges in dieser Beziehung behauptet wird, auf irrigen Voraussetzungen, glauben meinen — und Hegeleien beruht. Wir gehen in dieser Beziehung noch weiter und behaupten, daß nur diejenigen Vertreter von diesem § keinen Gebrauch machen, welche ihn nicht kennen und es dürfte deren allerdings wohl immer noch eine ganz beträchtliche Anzahl geben. Wäre dieser Landrechts-Paragraph allen Vertretern ohne Ausnahme bekannt, — es würde alsdann sicherlich auch nicht einer keinen Gebrauch davon machen. Davon sind wir durch Erfahrungen belehrt, fest durchdrungen und zwar um so mehr, als wir von unserem Standpunkte aus, wie bereits erwähnt, den Decort für durchaus erträglich halten und weil wir anderer Seits davon überzeugt sind, daß da, wo er nicht gemacht wird, dies nicht aus menschenfreundlichen Rücksichten gegen das Publikum unterbleibt. Soweit über die Sache im Allgemeinen.

Betrachten wir den Vorfall nun aber auch in materieller Hinsicht, so stellen sich die maßgebenden Umstände nach ganz anders dar. Wie wir nämlich nach vorausgegangener Erkundigung hören, war der Verstorbenen nur 1 Jahr — schreibe Ein Jahr — versichert. Man wird also nicht behaupten können, daß die Hinterbliebenen kein gutes Geschäft gemacht haben. Das Geschäft wird in dessen, wie wir wenigstens meinen, auch grade nicht gar sehr viel schlechter dadurch, daß die Hinterbliebenen nach nur einmaliger oder höchstens zweimaliger Prämienzahlung statt 10,000 Thaler nur 9800 Thlr. empfangen. Es dürfte dieser Abzug also recht gut zu ertragen sein und auf keinen Fall einen geeigneten Angriffs-Moment darbieten.

Wollte man die Anregung dieses Gegenstandes durch die Presse den Vortheil, daß nunmehr alle Vertreter von Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaften und zwar ohne alle und jede Ausnahme bei Auszahlung von Entschädigungsgeldern und beziehungsweise Versicherungsgeldern von dem Abzuge von 2 pCt. durchgehends Gebrauch machen; wenigstens würden wir dies im Interesse der Conformität, zumal dieselbe auf gesetzlichem Boden fußt, nicht beklagen.

